

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementpreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Telephon: Amt Köpenick, Nr. 1078.

Inserate pro 3 gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf.
Alle Inseraten-, Abonnement- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm, Berlin O 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.
Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt. Die Hausweberei als Versorgungseinrichtung für Kriegsbeschädigte (II). — Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis (II). — Auf falschem Wege (I). — Die Gewerkschaften vom Parteistreit. — Was bezweckt die kapitalistische verwandte Maschinerie? — Rohstofffragen in der Textilindustrie. — Aus Unternehmertreibern. — Handelspolitische Nachrichten. — Aus Handel und Industrie. — Volkswohlfahrt. — Zur Lebensmittelversorgung. — Zur Erwerbslosenfürsorge. — Gerichtliches. — Steuerfache. — Soziale Rundschau. — Internationale Rundschau. — Für unsere Frauen. — Vermischtes. — Berichte aus Fachreisen. — Verbandsanzeigen. — Unterhaltungsteil: Kulturhistorische Aufzeichnungen über die Türkei.

Es ist übrigens nicht ersichtlich, auf welcher Grundlage in diesen Hausweberkolonien das Arbeitsverhältnis ruhen soll.

Einmal wird gesagt, es würden für diese Hausweberei Gewebe in Betracht kommen, wie sie die Seeresverwaltung in großen Mengen braucht, Gewebe einfacher Art von ziemlich hohem Werte, also wohl Militärtuche. Dann aber wieder heißt es, es könnten sich mehrere benachbarte Kolonien zusammenschließen, um u. a. durch gemeinschaftlichen Einkauf der Garne Vorteile zu erreichen. War man im ersten Falle geneigt anzunehmen, die Hausweber würden in einem Arbeitsverhältnis zur Seeresverwaltung stehen können, etwa von dieser durch Verleger die Ketten beziehen und die fertigen Gewebe an die Verleger zurückgeben, so muß man diese Annahme fallen lassen, wenn man liest von dem gemeinsamen Garneinkauf der Genossenschaften. Herr Widardt hat also Produktivgenossenschaften im Auge, die in bezug auf Beschaffung von Rohmaterialien auf sich selbst angewiesen sind, und die auch mit ihren Produkten den Konkurrenzkampf mit der Großindustrie selbst aufzunehmen haben. Wer auch nur eine kleine Ahnung hat von den großen Schwierigkeiten bei der Beschaffung von preiswerten geeigneten Rohstoffen für die Weberei, wer da weiß, wie groß die Vorteile des Garneinkaufes sind für kapitalkräftige Großbetriebe und wie nachteilig im Verhältnis zu den Großbetrieben der Garneinkauf der Zwergbetriebe ist, welche die Konjunktur auf dem Rohstoffmarkt nicht ausnutzen können, der wird zugeben, daß diese Hausweberkolonien von vornherein dem wirtschaftlichen Siedtum verfallen sind. Sie werden den Konkurrenzkampf mit der Großindustrie niemals erfolgreich aufnehmen können, es sei denn, daß die Weber für einen ganz erbärmlichen Hungerlohn arbeiten. Wir kennen einige Genossenschaftswebereien mit Fabrikbetrieb, der noch vorteilhafter ist als der Einzelbetrieb, und wir wissen, was für große Schwierigkeiten sie zu überwinden haben, um sich der Konkurrenz gegenüber über Wasser zu halten.

gestiegen, doch unter nicht geringen Opfern unserer Industrie. Damit uns solche in Zukunft erspart bleiben, sind wir Bestrebungen, unsere eigenen Zollmauern zu erhöhen, entgegengetreten. Sollte man uns aber zumuten, unsere eigenen Zollmauern niederzureißen und erhöhte Zollmauern des Auslands zu übersteigen, so müßten wir uns dagegen natürlich noch schärfer wenden. — So las man es schon vor Tische, so kann man es auch nach Tische lesen. . . .

Mehrfach wird auch in dem Buche darauf hingewiesen, wie wichtig es für gewisse Industrien Deutschlands ist, daß sie die Rohstoffe, die sie brauchen, im Reiche selbst vorfinden und dadurch vom Auslande unabhängig sind, und gesagt, die Industrie würde leiden, wenn für sie wichtige Gebiete vom Reiche abgetrennt würden, auf die man dann als Auslandsgebiet für den Bezug der benötigten Materialien angewiesen wäre. Dem ist entgegengehalten worden, die kapitalistischen Beziehungen zwischen den einzelnen Ländern seien so eng, daß man sich darauf verlassen könne, das Ausland werde uns schon mit dem Nötigen versehen müssen. Wer garantiert denn aber dafür, daß es das tun wird, und daß es darauf gerichtete deutsch-kapitalistische Bestrebungen nicht verhindert, wenn es ihm in den Kram paßt? Jedenfalls ist es sicherer, man sucht zu behalten, was man hat, und wenn dies nach Lage der Dinge nun nicht mehr anders möglich ist, über den Gegner zu siegen und ihn so zu zwingen, uns unseren Gebietsbesitz ungeschmälert zu belassen. Im Auslande scheint man übrigens über den Wert oder Unwert von Gebietsbesitz ganz anderer Meinung zu sein, sonst würde man dort doch nicht als Kriegsziel aufgestellt haben die Erwerbung wichtiger deutscher Gebiete wie Elsaß-Lothringen und das Rheinland. . . .

In einer Kritik an dem Buche wird getadelt, daß die Verfasser alle den Sieg Deutschlands wünschen, ohne aber zu sagen, was sie dabei unter Sieg verstehen. Wir unfererzeit haben verstanden, was sie als Sieg Deutschlands ansehen: daß es den Gegnern nicht gelingt, ihren Plan, Deutschland zu verkleinern, zu verwirklichen. Gelingt ihnen das nicht, so, das folgern sie wohl, wird es ihnen auch nicht mehr möglich sein, gegenüber Deutschland Repressalien anzuwenden, die seine Industrie und seinen Handel stören könnten. Daß die Verfasser unter „Sieg“ Deutschlands nicht Annektionen seinerseits im Auge haben, ist auch an mehreren Stellen deutlich gesagt.

Schließlich sei noch bemerkt, daß alle Verfasser ihre Darlegungen mit reichem statistischen Material verbunden haben, das sich hauptsächlich auf Produktion und Ausfuhr erstreckt, und daß viele den engen Zusammenhang der verschiedenen Industrien miteinander aufzuzeigen nicht vergessen haben und aus ihm die richtige Folgerung zogen, daß, wenn eine Industrie unter einer Wirtschaftskrise zu leiden hat, sich dies auf viele andere, wenn nicht auf alle mehr oder weniger überträgt. Das hat — wenn es auch für den ökonomisch nicht ganz kenntnislos überflüssig ist — dem Buche seinen Charakter als Sprachrohr der Wahrung der Interessen der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands auch da gewahrt, wo anscheinend nur die Interessen der Arbeiterschaft eines Berufs oder einer Industrie wahrgenommen werden sollten.

P. W.

Die Hausweberei als Versorgungseinrichtung für Kriegsbeschädigte.

II.

Wir haben schon am Schlusse des ersten Artikels in dieser Sache, in voriger Nummer, gesagt: wie zweifelhaft nicht an der Aufrichtigkeit des Herrn Fachschuldirektors Widardt, zweifeln nicht daran, daß er ohne irgendwelche Arbeiter- und industrieschädigende Hintergedanken den Kriegsbeschädigten und dem Lande dienen will, indem er vorschlägt, gewisse franke Kriegsbeschädigte in der Hausweberei erwerbstätig sein zu lassen. Aber wir müssen Herrn Widardt, der mit Recht verlangt, daß die Männer, die ihre Gesundheit für das Vaterland hergegeben haben, ein Anrecht haben auf eine sorgenfreie Zukunft und ein zufriedenes Leben, schon sagen, daß er mit seinem Vorschlag im Begriffe steht, den Braven einen sehr schlechten Dank der Nation abzustatten. Wir sind in der Hausweberei aufgewachsen und haben unsere Jugendzeit darin verbracht, und wir müssen sagen, daß wir uns für Nervöse, Rheumatiker und Magenfranke eigentlich kaum eine größere Strafe denken können, als ihr ganzes Leben lang in eine solche Kolonie Gleichbedauerndes verbannt zu sein. Herr Widardt irrt gar sehr, wenn er annimmt, ein solches Leben in einer Kolonie von Kranken bedeute für diese eine sorgenfreie Zukunft und ein zufriedenes Leben. Es hört sich ja ganz schön an, wenn es heißt, man solle den Beschädigten gute und billige Wohnungen geben, mit einem Garten dabei, der ihnen viel Aufenthalt und Betätigung in freier Luft ermögliche. Man frage nur die Hausweber im schlesischen Gebirge oder in Oberfranken, man frage die Wandhausweber in der Pulsnitzer Gegend — alles Wohnplätze in gesunder Lage —, wie es mit dem vielen Aufenthalt und der Betätigung in freier Luft steht. In der Hausweberei gibt's nur zweierlei: hungern und schlafen; schuften wie in einer Treitmühle, wo es auf jede Minute ankommt, um das nackte Leben zu erhalten. Gerade der elektrische Antrieb der Hauswebstühle hat die Schinderei bis ins Grenzenlose ermöglicht. Solange die physische Kraft des Hauswebers den Stuhl in Bewegung setzt, ist der Arbeitszeit des Hauswebers wenigstens in der Ermüdung seiner Kraft eine Schranke gesetzt. Beim elektrisch angetriebenen Webstuhl aber besteht diese Schranke nicht. Da klappert der Stuhl meist bis tief in die Nacht hinein. Von Ruhe ist in solchen Familien meist keine Rede; läßt nicht der Mann den Webstuhl klappern, dann muß es die Frau, oder, wenn ältere schulpflichtige Kinder da sind, eines von diesen tun. Und es scheint Herrn Widardt nicht verborgen zu sein, daß die Arbeit am elektrisch betriebenen Hauswebstuhl in dieser Weise verrichtet wird, denn er selbst sagt ja an einer Stelle, daß es einer der Vorzüge der Beschäftigung in der Hausweberei sei, daß der Hausweber zeitweilig durch einen Angehörigen in der Arbeit abgelöst werden könne. Wohin führt denn dann diese Art „Fürsorge“ für die Kriegsbeschädigten? Nun, sie führt zur schrankenlosen Ausbeutung der Frauen und Kinder, und in ihrem Schlußeffekt zur Verelendung, zur geistigen und körperlichen Verkümmern der Familienmitglieder des Kriegsbeschädigten. Es kommt dann so, daß deren Frauen und Kinder durch eine Schinderei von früh bis spät dem Staate die Pflicht abnehmen, für den Beschädigten und seine Familie zu sorgen. Das wäre ein „Dank der Nation“, gegen den die Nation selbst den allerstärksten Protest erheben muß. Alle Menschenfreunde, alle Sozialpolitiker sind längst einig darüber, daß die Heimarbeit ein schwerer Krebschaden in gesellschaftlichen Leben ist; ein Krebschaden, den man auszurotten versuchen muß, anstatt ihm unbegrenzte Weiterverbreitung zu verschaffen, und obendrein noch als empfehlenswerte Fürsorge für die Kriegsbeschädigten. Wir hoffen, daß kein Kriegsbeschädigter zum Opfer dieser „Fürsorge“ wird.

Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis.

II.

Man könnte gegen diese Annahme einwenden, bis vor dem Kriege sei derartige ja nicht zu verzeichnen gewesen, und es werde wahrscheinlich nach dem Kriege auch nicht mehr geschehen, obwohl es jetzt während des Krieges in reichem Maße geschieht. Dem kann aber, nachdem die Kriegsziele der Gegner bekannt geworden sind, mit Recht entgegengehalten werden, daß das Friedensverhältnis der jetzt miteinander kriegführenden Länder voraussichtlich ein ganz anderes zueinander sein wird, als es vor dem Kriege war, besonders aber dann ein ganz anderes, wenn Deutschland geschlagen wird. Daher auch wohl der Wunsch, der hier und da in den Beiträgen zu dem Buche zutage tritt, die Herrschaft Englands zur See möchte durch den Krieg eine Einschränkung erfahren. Ob diese Einschränkung eintreten muß, das wird viel davon abhängen, wie der Krieg verläuft, ob zugunsten oder ungunsten der sogenannten Vierverbandsmächte. Davon wird auch — was besonders für die Textilindustrie wichtig ist — viel abhängen, ob es Deutschland und Oesterreich-Ungarn gelingen kann, sich nach und nach von der amerikanischen Baumwoll- und abhängig zu machen und sich in Kleinasien Baumwoll-lieferungsgebiete zu schaffen und sich den Bezug von Baumwolle von dorthin zu sichern; eine Niederlage der Mittel-mächte würde den Vierverband in den Stand setzen, dies zu verhindern, und er würde bei seiner wirtschaftlichen Gegnerschaft gegen uns wahrscheinlich davon Gebrauch machen. Wir müssen darin unserem Kollegen Krätzig, der den Beitrag über die Textilindustrie zu dem Buche geliefert hat, durchaus zustimmen. Wir müssen ihm auch darin zustimmen, daß es für Deutschlands Textilindustrie nicht gleichgültig wäre, wenn ihr durch England vorgeschrieben würde, daß sie ihre Produkte dort nur gegen einen hohen Eingangszoll absetzen dürfte, wogegen England seine Produkte in Deutschland zollfrei einführen dürfte. Wir waren zwar stets für Freihandel, aber niemals für einen einseitigen, und immer gegen die Zoll-schranken, welche das Ausland vor unseren Produkten auf-aufrechtete. Wenn wir uns dagegen wandten, daß unsererseits mit gleichen Maßnahmen geantwortet würde, so nur, weil wir befürchteten, das Ausland würde auf unsere Gegenmaß-nahme mit einer neuen Zollschikane antworten, wodurch wir aus dem Regen in die Traufe kämen. Doch noch niemals haben wir uns damit einverstanden erklärt, daß unsere aus-ländischen Konkurrenzprodukte bei uns zollfrei eingehen soll-ten, während unsere eigenen Erzeugnisse im Auslande einen Zoll auf sich nehmen müßten. Die deutsche Konkurrenzfähig-keit haben wir niemals für unbegrenzt erklärt, sondern stets beklagt, daß unser Warenabsatz unter den Zollmaßnahmen des Auslandes zurückgegangen sei. Oft ist er freilich später wieder

Auf falschem Wege!

I.

Unter dieser Spitzmarke schreibt Kollege Dressel, Gauleiter:
Die Entwicklung der Stickerindustrie vollzog sich gegen-über anderen Industriezweigen in etwas abweichender Rich-tung; die Hausindustrie und Zwergbetriebsform erhielt sich bis heute nicht nur aufrecht, sondern hat sich mit ihrer Ent-wicklung immer mehr ausgebreitet. Eine Tendenz zur Ent-wicklung der Großbetriebe hat sich erst in neuerer Zeit ge-zeigt; sie ist auf die Erfindung der Automaten zurückzu-führen! Das Kaufmannskapital hat die geistige Leitung der Industrie; durch Beichner läßt es die Muster entwerfen, und es organisiert den Absatz der Waren. Die Produktion jedoch liegt in den Händen von Maschinenbesitzern, Hausindustriellen, die entweder selbst auf ihren Maschinen arbeiten oder, wenn sie mehrere haben, fremde Arbeitskräfte beschäftigen. Die technische Entwicklung in der Stickerindustrie hat die Klein-betriebsform begünstigt. Die Handmaschine, welche 1828 von Josua Seilmann in Mülhausen i. E. erfunden und etwa zehn Jahre später nach verschiedenen Verbesserungen marktfähig wurde, konnte überall aufgestellt werden, weil eine besondere Antriebskraft nicht gebraucht wurde. Der Antrieb erfolgte durch die Kraft des Stickers. Die Schiffenmaschine wieder-um wird durch elektrische Kraft angetrieben und konnte des-halb in jedem größeren Raume aufgestellt werden, soweit man elektrische Energie als Antriebskraft haben konnte. Bevor die Handmaschine die Produktion an sich riß, kannte man die Rahmenstickerei, die von Frauen und Mädchen ausgeführt wurde.
Die Zwergbetriebsform in der Stickerie begünstigte die Entwicklung einer Erwerbschicht mit kleinbürgerlichen An-schauungen. Die wirtschaftliche Stellung der Kleinmeister der

Stückerei war zu jeder Zeit eine vom Fabrikanten abhängige, trotzdem sie nach außen hin den Schein der Selbständigkeit an sich trug. Der Fabrikant war es jederzeit, welcher den Preis für die Herstellung des Produktes bestimmte. Der Fabrikant übte mit der Preisfestsetzung für die Herstellung des Produktes auf die wirtschaftliche Lage des Maschinenbesizers einen bestimmten Einfluß aus. Ein Unterschied zwischen einer unorganisierten Arbeiterschaft und dem Unternehmer besteht in keiner Weise; es sei denn, daß der Maschinenbesizer in seinem etwaigen Besitz einigen Rückhalt findet.

Die Lohnfrage spielt beim Maschinenbesizer eine ebenso wichtige Rolle wie beim gewöhnlichen Arbeiter; mit ihr verbessert und verschlechtert sich auch seine wirtschaftliche Lage. Der Maschinenbesizer muß deshalb in erster Linie bestrebt sein, einen möglichst hohen Stücklohn für sein Produkt, welches er im Auftrag für den Fabrikanten herstellt, zu erhalten. Bis heute haben jedoch die Maschinenbesizer auf die Gestaltung der Löhne — trotz aller Bemühungen — einen Einfluß niemals gehabt. Es ist deshalb auch erklärlich, daß in keiner anderen Industrie die Löhne so geschwankt haben wie in der Stückereindustrie. In Zeiten der Krisis senkten sich die Löhne beträchtlich, stiegen aber niemals in Zeiten der guten Konjunktur auf die frühere Höhe. Ein ernsthaftes „Sichzurwehrgehen“ gegen die Lohndrückereien war leider den Maschinenbesizern nicht eigen. Dagegen sind die Lohndrückereien zum Teil auf das Schuldkonto der Maschinenbesizer mit zu setzen, weil sie sich in Zeiten der Krisis zu jedem Schandpreis anboten, um auf alle Fälle Arbeit zu erhalten. Man unterbot gegenseitig die Stücklöhne. Arbeit um jeden Preis, war in Zeiten der Krisis die Parole!

Persönliche Verhältnisse bestimmten den Maschinenbesizer, für jeden Schandpreis zu arbeiten; entweder waren es Schulden auf Maschinen, für Garne, Hausgrundstück oder dergleichen mehr. Auch persönliche Verhältnisse zu den Fabrikanten selbst spielten oft eine größere Rolle. Ein Teil des erworbenen Eigentums, welches er sich unter allen Umständen erhalten will, bestimmen ihn, zum Lohndrücker zu werden, obgleich er dadurch zum Totengräber für seine eigene Existenz wird. Es sind dies Rücksichten, die der Arbeiter im Lohnkampf nicht kennt und auch nicht nimmt, die aber immer den kleinbürgerlichen Schichten im Kampf um die Existenz das Rückgrat brachen.

Einen gewissen Halt gegenüber den Lohndrückereien gebot erst der Tarifvertrag der Sticker vom Jahre 1909 und 1910, welcher trotz heftigen Widerstandes der Maschinenbesizer abgeschlossen wurde. Die tariflichen Errungenschaften der Sticker, welche ohne Zweifel auch den Maschinenbesizern einen gewissen Rückhalt boten, sind leider infolge der seit Oktober 1912 anhaltenden schweren Wirtschaftskrise und letzten Endes durch den Krieg vernichtet worden. Trotz dem braucht den Stickern um die Zukunft nicht bange zu sein; ihre Organisation steht ungechwächt da. Das erste Aufleben einer neuen günstigen Wirtschaftsperiode muß ihnen wieder zurückbringen, was sie in Zeiten des Krieges und der Krisis verloren haben. Wie steht es aber nun mit den Maschinenbesizern, welche Stellung werden sie dann einnehmen?

Dem Verein der Lohnschiffchen-Maschinenbesizer, E. B., liegt die Interessenvertretung der Maschinenbesizer ob. Er ist der Schutzgemeinschaft des Fabrikantenvereins angeschlossen. Eine Aufnahme des Vereins in den Verband Sächs. Arbeitgeber ist von letzterem seinerzeit abgelehnt worden. Aus diesem geht ohne Zweifel hervor, daß sich die Tendenz des Vereins mehr gegen die Bestrebungen der Arbeiter richtet als zur Erreichung besserer Löhne. Die Lohnfrage sollte auf Grund gültiger Vereinbarung mit den Fabrikanten geregelt werden. Die Mitglieder wurden in ihrer Wochenchrift von Zeit zu Zeit gewarnt, unter einer gewissen Norm zu arbeiten. In Zeiten der guten Konjunktur mögen diese Warnungen Erfolg gehabt haben, aber in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges kümmernten sich die Maschinenbesizer nicht mehr um ihre eigenen Beschlüsse. Das Wirken des Vereins der Lohnschiffchen-Maschinenbesizer, die aus sich selbst heraus nicht die Kraft zu einer entschiedenen Wahrnehmung ihrer Interessen finden, entspricht ihren kleinbürgerlichen Anschauungen. Das Anlehnen an die Fabrikanten, um Schutz und Hilfe zu finden, zeigt so recht, auf welche falschen Wegen die Maschinenbesizer in der vermeintlichen Wahrnehmung ihrer Interessen gewandelt sind.

Die Gewerkschaften zum Parteistreit.

In der „Allgemeinen Steinsekerzeitung“ äußert sich Genosse Knoll, Mitglied der Generalkommission, zu den gegenwärtigen Parteidebatten. Für die Gewerkschaften bleibe auf alle Fälle die Politik des 4. August Leitstern und Richtschnur, und es gebe für sie kein Hinübergleiten in die gegensätzliche Politik, ja nicht einmal eine stillschweigende Anerkennung einer solchen; es handle sich hier um eine Lebensfrage der Gewerkschaften. Knoll bespricht dann, was die der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angehörenden Gewerkschaftsführer tun müßten, wenn in der Reichstagsfraktion sich eine Mehrheit gegen die Kriegskreditbewilligung fände. Disziplinbrecher dürften Gewerkschaftsführer seiner Meinung nach nicht werden. Sie könnten sich aber auch nicht schweigend unterordnen, da sie damit ihre Pflichten gegen die Gewerkschaftsorganisationen verletzten. (Damit hilft Genosse Knoll den 20 sogenannten Disziplinbrechern auf die Sprünge zur Verteidigung ihres Verhaltens: auch sie können sagen, sie konnten sich nicht schweigend unterordnen, weil sie sonst ihre Pflichten gegen die Partei verletzten hätten, wie sie glauben.) Und er sagt: „Die Gewerkschaften müßten in diesem Falle von ihnen fordern, daß sie sämtlich ihr Reichstagsmandat niederlegten und eine Wiederwahl davon abhängig machten, daß ihre Wähler sie ausdrücklich ermächtigen, die Mittel zur Landesverteidigung zu bewilligen, solange solche — ihrer Meinung nach — notwendig sind.“

Wenn die in der sozialdemokratischen Fraktion sitzenden Gewerkschafter von den Gewerkschaften selbst zur Wahl ge-

Was bezweckt die kapitalistisch verwandte Maschinenrie?

John Stuart Mill sagt in seinen „Prinzipien der politischen Ökonomie“: Es ist fraglich, ob alle bisher gemachten mechanischen Erfindungen die Tagesmühe irgendeines menschlichen Wesens erleichtert haben.“ Solches ist jedoch auch keineswegs der Zweck der kapitalistisch verwandten Maschinenrie. Gleich jeder anderen Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit soll sie Waren verworfen und den Teil des Arbeitstags, den der Arbeiter für sich selbst braucht, verkürzen, um den anderen Teil seines Arbeitstags, den er dem Kapitalisten umsonst gibt, zu verlängern. Sie ist Mittel zur Produktion von Mehrwert. Marz.

stellt worden wären, so könnten wir den Knollischen Vorschlag verstehen, womit wir ihn noch nicht zu billigen brauchen.

Sie sind aber nicht von den Gewerkschaften aufgestellt, sondern haben nur mit Genehmigung des Vorstandes ihrer Gewerkschaft die Kandidatur angenommen; nur in wenigen Fällen dürfte es anders liegen. Unter diesen Umständen kann den Wählern nicht zugemutet werden, ihren Abgeordneten zu ermächtigen, Gewerkschaftsinteressen über Parteiinteressen zu stellen, und die Genehmigung zur Bewilligung der Mittel für die Landesverteidigung würden sie nur erteilen können, wo das Parteiinteresse eingeständenermaßen sich mit dem Gewerkschaftsinteresse deckt. Solcher Fälle werden aber, wenn die heutige Mehrheit zur Minderheit geworden sein wird, nicht viele zu verzeichnen sein, und man kann annehmen, die verlangte Genehmigung würde fast in allen Fällen verweigert werden. Dann könnten die bisherigen Abgeordneten nicht mehr kandidieren, andere würden an ihre Stelle treten, und die Vertretung der Gewerkschaften im Reichstage wäre dahin. Die Befolgung des Knollischen Vorschlages würde wahrscheinlich eine Folge haben, die Genosse Knoll am wenigsten wünschen wird, und mit der den Interessen der Gewerkschaften recht schlecht gedient wäre.

Hierbei haben wir angenommen, daß die Abgeordneten gewillt wären, ihre Mandate niederzulegen. Was soll aber geschehen, wenn sie es nicht tun wollen? Zwingen kann sie doch niemand dazu, selbst ihre Wähler nicht, die unter den heutigen Verhältnissen allein das moralische Recht dazu hätten. Und wenn die Wähler nun gar verlangten, sie sollten die Mandate behalten? Hat dann der Abgeordnete das moralische Recht, sein Mandat niederzulegen?

Uebrigens: was versteht Genosse Knoll unter „die Gewerkschaften“? Die Generalkommission der Gewerkschaften, die

Vorstände der einzelnen Gewerkschaften oder deren Verbandstage oder deren ganze Mitgliedschaft? Wer soll die Mandatsniederlegung fordern? Und mit welchem Recht soll es geschehen? Solange die Kandidaten nicht von den Gewerkschaften oder deren Vertretungen aufgestellt sind, sind sie von diesen nur insoweit abhängig, daß ihnen Zeit gegeben wird, ihre Mandate auszuüben. Alles weitere geht die Gewerkschaften nichts an.

Die Sache wäre, wie gesagt, anders, wenn die Gewerkschafter als Kandidaten der Gewerkschaften zur Wahl gestellt und als solche gewählt worden wären. Dann hätten sie in erster Linie Gewerkschaftsinteressen wahrzunehmen, und wenn das nach Ansicht der Gewerkschaften nur durch Bewilligung der Mittel für die Landesverteidigung geschehen könnte, so wären die Gewerkschaften an sich schon berechtigt, es von ihnen zu fordern, und die Abgeordneten brauchen dazu nicht erst die Genehmigung ihrer Wähler durch Niederlegung ihrer Mandate zu erzwingen zu suchen; die Wähler müßten ja dann von vornherein, daß sie es in ihrem Mandat in erster Linie mit einem Vertreter der Gewerkschaften und erst in zweiter mit einem solchen der Partei zu tun hätten.

Ob ein solcher Zustand, der schließlich zur Spaltung der Partei führen würde, erwünscht wäre, das ist freilich eine andere Frage. Wir sind gegen alle Spaltungsversuche in der Gegenwart, gleichviel, ob sie von rechts oder links ausgehen. Wir sind auch gegen Einrichtungen, welche in Zukunft Spaltungen hervorrufen könnten, und halten im übrigen unter den heutigen Zuständen die Interessen der Gewerkschaften in der sozialdemokratischen Fraktion von heute für genügend gewahrt. In Zukunft wird es darin nicht schlechter, sondern noch besser werden. Die Tatsache, daß die Gegner der Partei schon lästern den Fortschritt des Parteistrits verfolgen, wird die Partei schon wieder einig werden lassen, so daß sie die großen Aufgaben, die sie nach dem Kriege zu lösen haben wird, wird lösen können. Kommt es aber dazu, so wird, so muß sie auch die Interessen der Gewerkschaften in jeder dafür möglichen Form wahren. Sollten wir uns aber darin täuschen, so möchten wir doch alles vermeiden sehen, was gegenwärtig oder in Zukunft einen Parteistreit in die Gewerkschaften hineintragen könnte. P. W.

Rohstofffragen in der Textilindustrie.

C. T. I. Die internationale Lage der Zutemärkte.

Ueber sie hat in der unlängst stattgehabten Hauptversammlung des „Verbandes Deutscher Zuteindustrieller“ Direktor Albert Haasemann, Bremen, allgemein interessierende Mitteilungen gemacht, denen wir u. a. folgendes entnehmen: Infolge des durch den Krieg bedingten verringerten Verbrauchs sei anzunehmen, daß aus der vorjährigen Ernte ungefähr 2½ Millionen Ballen in die Rohzutezeitung 1915/16 übernommen seien, außerdem sei die Anbaufläche für den Rohstoff in Indien verringert worden, so daß sich gegenüber den Ernten der letzten Jahre von ungefähr 10 Millionen Ballen für die neue Ernte voraussichtlich nur ein Ertragnis von ungefähr 7½ Millionen Ballen ergeben würde. Die Preise für Rohzute stellen sich heute auf ungefähr 25 Pfd. Sterl. gegen 1910 Pfd. Sterl. gegen Anfang des Jahres 1915 für die Standardmarke. Gewaltig, nämlich um das Sechsfache, seien die Rohzutefrachten Kalkutta—England gestiegen. Die Preise für Zutefabrikate in Schottland seien die höchsten seit der Zeit des amerikanischen Bürgerkrieges, gewahren aber trotzdem den Herstellern einen reichen Nutzen. Welche enorme Steigerung die Preise für Zutefabrikate in Indien erfahren hätten, gehe daraus hervor, daß die Notierungen dort heute ungefähr 100 Proz. höher als vor Ausbruch des Krieges seien!

C. T. I. Die neuesten Vorgänge auf dem amerikanischen Baumwollmarkte.

Sie sind geeignet, allgemeines Aufsehen zu erregen. Zunächst steht es jetzt sicher fest, daß mit einer Minderernte zu rechnen ist, die in ihrer Gesamtmenge von den amerikanischen, englischen und japanischen Verbrauchern aufgenommen werden dürfte, während die übrigen Verbrauchsländer gezwungen sein werden, auf die alten Bestände zurückzugreifen. Bedeutet diese Tatsache für den Verbrauch schon eine ernste Gefahr, so nicht minder die neueste Meldung, daß die Baumwollpflanzler geneigt sein sollen, auf die Wünsche der Spekulanten, die Anbaufläche zu verringern, einzugehen. Die

Kulturhistorische Aufzeichnungen über die Türkei.

3. Die Macht des Großsultans über die Hof- und Staatsbeamten.

Im Jahre 1748 erschien im Verlag der Gebrüder Korte, Altona und Flensburg, eine aus dem Englischen und Holländischen übersezte Geschichte des türkischen Reiches, die über das gesellschaftliche Leben der Osmanen zur damaligen Zeit recht interessante Darstellungen enthält und die wir als Quelle für die unter obigem Titel erscheinende Plauderei benutzen.

Es ist ja erst wenige Jahre her, daß die Türkei in politischer Beziehung durch Einführung parlamentarischer Gesetzgebung in die Reihe moderner Staaten eintrat. Vorher herrschte in Gesetzgebung und Verwaltung die Macht und der Wille des Großsultans und der ihm dienenden Berater. Diese Macht des Großsultans mochte in der letzten Zeit vor Einführung parlamentarischer Zustände hier und da schon etwas eingeeengt sein, insbesondere durch die finanzielle Abhängigkeit von den europäischen Großstaaten, welche den türkischen Staat zur Auflösung bringen wollten; vor 200 und mehr Jahren jedoch war die Macht des Großsultans noch durch kein Gesetz und keine Verträge eingeeengt. Er wurde von seinem Volke selbst als der Schatten Gottes und willkürliche Herrscher aller irdischen Kronen betitelt. Die Großsultane sahen ihr Land und Volk als ihr Eigentum an und meinten, daß jedes Menschen Leben und Vermögen im ganzen Reiche ganz nach Gefallen in ihren Händen stehe.

Die Macht des Großsultans wirkte natürlich direkt nur auf die Beamten und durch diese dann auf das Volk.

Grund und Boden wurde unter Vorbehalt von Lehnrechten an Prinzen und Soldaten in Führerstellen verteilt, die ihrerseits verpflichtet waren, eine gewisse Anzahl Mannschaften und Pferde ständig auf den Weiden zu halten. Auf diese Weise sicherten sich die Fürsten die Herrschaft in neu eroberten

Ländern. Das Lehnrecht war daher aber auch nicht wie in der europäischen Feudalwirtschaftsperiode ein vererbbares, sondern konnte vom Sultan zu jeder Zeit gelöst werden. Der Basall, der dem Sultan nicht jeden Wunsch bedingungslos erfüllte, wurde seines Lehnbesitzes enthoben. Ähnlich erging es den Bedienten, d. h. den Beamten des Großsultans; auf die geringste Angabe hin, daß sie keinen Anordnungen abgeneigt seien oder sich eines Mißverhaltens schuldig gemacht hätten, wurden sie nicht nur ihrer Ehrenstellen entsetzt, sondern oft noch ums Leben gebracht. Natürlich erhöhte die ständige Furcht vor dieser Ungnade die Wirksamkeit des Großsultans ungemein. Man tat im Willfahren der Wünsche und Befehle des Sultans oft mehr als nötig war. Das Volk wurde von frühester Jugend auf zum blindesten Gehorsam gegenüber dem Großsultan erogen, sonst wäre es wohl nicht möglich gewesen, eine solche Herrschaft, die heute niemand für möglich hält, aufrechtzuerhalten. Ging man doch bei diesem Erziehungssystem sogar soweit, die Ueberzeugung zu wecken, daß es der Gipfel des Ruhmes sei, auf Befehl des Großsultans sterben zu können; denn dies gebe die Berechtigung, mit der Märtyrerkrone versehen, in das Paradies zu gelangen. Ganz soweit zurück sind die Völker, wenigstens in den fortgeschrittenen europäischen Staaten, in der Erziehung zur Besinnung denn doch nicht mehr.

Ganz besonders große Sorgfalt wurde aufgewandt bei der Erziehung der Edelknaben und späteren Hofjunger und höchsten Beamten des Großsultans. Sie waren Kinder christlicher Eltern, die im Kriege gefangen worden oder welche die Statthalter dem Sultan zum Geschenk gemacht hatten. Die allerhöchsten, wohlgealteten und muntersten Jünglinge wurden ausgewählt und je nach ihrer späteren Bestimmung in besonderen Anstalten im Serapalast zu Pera, Adrianopel oder Konstantinopel ausgebildet. Den Vorzug genossen gewöhnlich die aus der Anstalt in Konstantinopel. Sie waren dem Capi Aga, dem Vorsteher der weißen Bedientenen, unterstellt und wurden unter sehr strenger Zucht gehalten. Das erste, was ihnen beigebracht wurde, war, Schweigen und

eine demütige und sittsame Aufführung zu lernen. Wsdann hatten sie gründliche Kenntnis zu nehmen von den Pflichten und Gebräuchen der mohammedanischen Religion sowie von der türkischen, persischen und arabischen Sprache. Sie kamen den Verschnittenen nie aus den Augen, wohnten in langen Zimmern, wo immer Lampen brennen mußten und in denen Verschnittene, von denen immer einer zwischen fünf Böglingen stand, für deren anständiges Betragen sorgen mußten.

Waren sie in den Wissenschaften und im Kriegsdienst bewandert, so wurden ihre Tuchkleider mit köstlich gestickten seidenen Kleidern vertauscht, und sie kamen in eine höhere Klasse und von da aus in die Verwaltungsstellen des kaiserlichen Hofes. Die 40 der Besten wurden in den persönlichen Dienst des Großsultans gestellt, darunter zwölf, welche die vornehmsten Stellen am Hofe bekleideten. Aus dem Kreise dieser besonders begünstigten Günstlinge wurden dann frei werdende Landvogteien und Statthalterstellen besetzt, sofern diese Günstlinge das vierzigste Lebensjahr überschritten hatten. Man kann sich denken, daß Personen, die eine solche, von der wirklichen Welt völlig abgeschnittene Erziehung mit soviel Gunst und Wohlstand genossen hatten, als Landvögte und Statthalter eifrig bemüht gewesen sein werden, dem herrschenden Staatsystem, dem sie soviel verdankten, überall Achtung und Gehorsam zu erzwingen.

Neben diesen der Verwaltung und der Macht des Sultans dienenden Pagen wurden noch Stämme und Zwerge für den Hofstaat des Sultans ausgebildet. Taubstumme, etwa 40 an der Zahl, wurden unterrichtet, durch Zeichen sogenannte Gespräche ohne Worte zu unterhalten. Acht bis neun dieser taubstummen Leibpagen warteten beständig dem Großsultan auf. Mit diesen und den Zwergen, die als sogenannte Hofnarren tätig waren, vertrieb er sich die Zeit. Verschnittene taubstumme Zwerge konnten dem Wert nach nicht hoch genug geschätzt werden. Als einmal ein solcher vorhanden war, wurde er in köstlichen Brofat gekleidet und bekam die äußerste letzte Freiheit, durch alle Türen des Palastes gehen zu dürfen.

Geldflüssigkeit in den Vereinigten Staaten gestattet den Banken und Baumwollhändlern, an die Pflanzler große Summen vorzuschießen, die es ihnen ermöglichen, den Rohstoff zur Erzielung höherer Preise in Mengen zurückzuhalten; sollen doch in den Südstaaten Lagerhäuser errichtet werden, die zum mindesten 2 Millionen Ballen Baumwolle für diesen Zweck aufzunehmen vermögen. Allerdings ist das heutige Verhalten der Pflanzler ihren früheren Ansichten, die sie auf allen internationalen Baumwollkongressen (zuletzt im Jahre 1913 in Schweden) äußerten, direkt entgegengesetzt. Auf allen diesen Kongressen haben sie sich nämlich im Gegenteil für eine Vergrößerung der Baumwollanbaufläche ausgesprochen. Es scheint also auch bei ihnen der Krieg ein Umlernen gezeitigt zu haben. Dazu kommt, daß sich jetzt in Amerika eine der wildesten Spekulationen auf dem Gebiete der „Verfrachtung nach Friedensschluß“ ausgebildet hat, welche die Verfrachtungskosten ganz unverhältnismäßig in die Höhe schraubt und die ohnehin teuren Baumwollpreise noch weiter steigern muß.

Bezug von Baumwolle aus Kleinasien.

Zwischen Oesterreich-Ungarn, Deutschland und der Türkei ist ein Uebereinkommen abgeschlossen worden, das sich auf die Einfuhr der Baumwolle aus Kleinasien nach Oesterreich-Ungarn und Deutschland bezieht. Alle beteiligten Regierungen haben sich weiter über den Transport und eine Reihe anderer Bedingungen geeinigt. Wir müssen aber dazu bemerken, daß der Ertrag der Baumwolle nur ein verhältnismäßig geringer sein kann; große Baumwollplantagen gibt es dort noch nicht, sondern die Baumwolle wird nur von den einzelnen Bauern für den Eigenbedarf gezeugt, so daß sie also an fremde Verbraucher nicht viel abgeben können.

Aus Unternehmerkreisen.

Verlängerung des Verbandes Deutscher Jute-Industrieller.

In der Ende des vorigen Jahres in Braunschweig abgehaltenen Generalversammlung des Verbandes Deutscher Jute-Industrieller wurde festgestellt, daß sämtliche Mitglieder ihre Zustimmung zurückgenommen haben und demgemäß der Gesellschaftsvertrag ein Jahr weiterläuft. Zum 31. Dezember 1916 ist die Kündigung der Ordnung wegen erneuert; doch hofft man, daß es dem bereits tätigen Ausschuss gelingt, bis dahin den Fortbestand des Verbandes auf verbesserter Grundlage sicherzustellen.

Handelspolitische Nachrichten.

Zur Baumwollversorgung Deutschlands.

Bei der am Ende des Jahres 1915 vom Bremer Kaufmannskongress in üblicher Weise abgehaltenen Jahresversammlung hob der Präsident der Bremer Handelskammer Lohmann unter anderem hervor, daß England durch die Absperrung Deutschlands und die Rohstoffe für die Munitionserzeugung abschneiden wollte, was ja für Bremen insofern von besonderer Bedeutung zu werden drohte, als dieser Platz bekanntlich den Hauptabnehmer für Baumwolle bildet, Baumwolle aber von Großbritannien als Warenware erklärt wurde. Diese Verletzung der Londoner Deklaration war auf Grund eines Gutachtens des englischen Professors Ramsey erfolgt, der erklärte, daß, wenn die Baumwolle Deutschland gesperrt werden würde, die Erzeugung von Munition uns nicht mehr möglich sei. Gegenüber dieser Auffassung erscheint es nun bemerkenswert, daß Präsident Lohmann hervorheben mußte, daß er amtlich festzustellen in der Lage sei, daß seit acht Monaten nicht ein Kilo Baumwolle mehr für die Munitionsfabrikation verarbeitet worden ist. Dank der Arbeit deutscher Wissenschaft und Industrie ist es gelungen, aus dem unermesslichen Bestand unserer deutschen Wälder einen Zellstoff herzustellen, welcher billiger und weit geeigneter als Baumwolle zur Fabrikation von Pulver ist. Auch nach dem Kriege werden die deutschen Munitionsfabriken nicht einen Kilo Baumwolle mehr von Amerika zu kaufen nötig haben.

Aus Handel und Industrie.

C. T. I. Aus der Internationalen Textilindustrie.

Der Geschäftsgang des Seidengewerbes in Amerika zeigt jetzt ein wesentlich ruhigeres Bild als in den Vormonaten, während das Woll- und Baumwollgewerbe noch immer gut beschäftigt erscheint. Die Wirkwaren- und Strickwarenfabriken des Landes sollen über gute Beschäftigung verfügen. Die Klagen der Webstofffabrikanten in Rußland wollen nicht verstummen; die fortwährende Verteuerung der Rohstoffe für solche Waren, die von der großen Menge gekauft werden, erschwert deren Absatz. Dazu kommt, daß die Einfuhr ausländischer, insbesondere englischer Erzeugnisse (vornehmlich Wirkwaren) ziemlich beträchtlich bleibt. In den skandinavischen Ländern ist der Verkehr in allen Zweigen des Webstoffgewerbes am Jahreschluß abgeschwächt, dazu kommt der andauernde Mangel an gewissen Rohstoffen. In Holland arbeiten die Betriebe des Woll- wie Baumwollgewerbes noch ziemlich regelmäßig. Stark beschäftigt bleibt das Wollgewerbe in Italien, dagegen bestehen die Schwierigkeiten des Baumwollgewerbes fort. Die letzten Berichte aus Frankreich melden starke Preiserhöhungen für Baumwollgewebe sowie für Spitzen. Bessere Berichte liegen aus der spanischen und portugiesischen Textilindustrie vor.

Volkswohlfahrt.

Wohlfahrtspflege der Versicherungsanstalten.

Zur Förderung allgemeiner Volkswohlfahrt haben die 31 Versicherungsanstalten im Deutschen Reich nach einer Zusammenstellung, die in den Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes enthalten ist, bis Ende 1914 folgende Summen aufgewendet: Zum Bau von Arbeiterwohnungen 435 939 813 Mk., zum Bau von Ledigenheimen (Gerbergen, Gefellenhäuser, Hospizen usw.) 26 900 920 Mk.; zur Befriedigung landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses 123 920 864 Mk.; für den Bau von Krankenhäusern und ähnlichen, vorwiegend den Versicherten zugute kommenden Einrichtungen 571 623 347 Mk. und für eigene Einrichtungen (Zungenheilstätten, Seilanstalten, Krankenhäuser, Genesungsheime usw.) 76 465 100 Mk. oder zusammen 1 254 850 044 Mk. Das ist gewiß eine gewaltige Summe — aber noch gewaltiger

war das Elend, das die Klasse der Versicherten zu tragen hatte in all der Zeit, das aber noch größer gewesen wäre ohne diese mildernde Tätigkeit. Deshalb soll der Segen der sozialen Versicherungsgesetzgebung, der sich in vorgenannten Zahlen ja noch lange nicht erschöpft, denn es fehlen die Summen der Renten aus der Alters- und Invalidenversicherung, die Zahlen aus der Kranken- und Unfallversicherung, durchaus nicht verkant oder herabgemindert werden. Was jedoch besonders zu betonen bleibt, ist die Tatsache, daß die Klasse der Versicherten, also der wirtschaftlich Schwachen, diese Summen ganz allein aus dem Ertrag ihrer Arbeit aufgebracht hat — auch die Anteile der Arbeitgeber entstammen dem Ertrag der Arbeit der Versicherten und sind nicht etwa einem besonderen Verdienst der Arbeitgeber zuzuschreiben.

Zur Lebensmittelversorgung.

Unzureichende Regelung der Fleischversorgung.

Die Regelung der Fleischversorgung ist bisher noch in den ersten Anfängen stecken geblieben. Wir sind leider noch nicht über die Festsetzung von Höchstpreisen für Schweine und Schweinefleisch hinausgekommen, trotzdem sich gerade im Anschluß daran eine ganze Reihe ernsther Mißstände eingestellt haben. Es ist doch z. B. ein unhaltbarer Zustand, daß frisches Schweinefleisch in den Schlächterläden noch immer zu den Seltenheiten gehört. Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen hat schon vor einigen Wochen in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern auf die Uebelstände in der Fleischversorgung aufmerksam gemacht und dort zugleich auch eine Reihe gut durchdachter Vorschläge zur Besserung unterbreitet. So hat er u. a. die Festsetzung von Stallpreisen und die Einführung von Schlussscheinen im Viehhandel verlangt. Er forderte ferner das Verbot des Vorverkaufes von Schweinen, außerdem die Einführung gestaffelter Höchstpreise für die wichtigsten Gattungen des frischen Fleisches und vor allem aber eine Beschränkung in der Fleischverarbeitung von Wurst und Fleischwaren. — Der Mangel an Schweinefleisch hat die Nachfrage nach anderen Fleischarten so gesteigert, daß besonders das Rindfleisch in den letzten Wochen enorm verteuert wurde. Aber man erwartete bisher vergeblich auf die immer

In Urlaub reisende Soldaten, Verbandsmitglieder und Nichtverbandsmitglieder, die Berlin passieren, werden auf die Herberge des Berliner Gewerkschaftshauses, Engelshof 15, aufmerksam gemacht, wo sie bereits von 45 Pf. an freundliche und reinliche Unterkunft finden. Einzelzimmer stehen mit 1,50 Mk., Zimmer mit zwei Betten pro Bett mit 80 Pf. zur Verfügung. Nächste Bahnhöfe: Schlesischer Bahnhof und Görlitzer Bahnhof. Entfernung von jedem dieser Bahnhöfe eine knappe Viertelstunde. Verschiedene Straßenbahnen führen zum Gewerkschaftshaus hin.

eiliger werdende Festsetzung von Höchstpreisen für Rinder und Rindfleisch. Es scheint, als ob auch da erst wieder eingegriffen werden soll, wenn eine leichte Regelung nicht mehr möglich ist. Wenn sich erst die Produzenten und Händler an die übermäßig hohe Bezahlung ihrer Waren gewöhnt haben, dann stößt die notwendige Herabsetzung durch einigermaßen erträgliche Höchstpreise immer auf alle nur erdenklichen Schwierigkeiten. — Die hohen Rindfleischpreise steigern auch den Anreiz zum Verkauf von Milchkuhen. Es ist schon jetzt bedauerlich, wie viele Kühe in den letzten Wochen auf den Markt gebracht wurden. Wenn das noch einige Zeit so anhält, geraten wir mit der Milchversorgung in die allergrößte Gefahr. Alles das sollte die Regierung doch endlich veranlassen, schnellstens eine gründliche Regelung der Fleischversorgung vorzunehmen, ehe es wirklich zu spät ist.

Zur Erwerbslosenfürsorge.

Ein Unrecht, zugefügt den Kriegerfrauen.

Bei der Organisierung der Erwerbslosenfürsorge für die durch Kriegsmaßnahmen der Reichsverwaltung ganz oder teilweise arbeitslos gewordenen Textilarbeiter und -arbeiterinnen konnte in letzter Zeit, zuletzt wieder im Kreise Reichensbach i. Schl., die Wahrnehmung gemacht werden, daß den Kriegerfrauen die vom Reiche gewährte Familienunterstützung zum Teil wenigstens auf die Erwerbslosenunterstützung angerechnet wurde. Das ist eine Ungerechtheit, die sofort als solche empfunden wird, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die betreffende Kriegerfrau die volle staatliche Familienunterstützung erhalten würde, wenn sie nicht durch Kriegsmaßnahmen der Reichsregierung gehindert wäre, voll zu arbeiten.

Aus Anlaß des Falles in Reichenbach i. Schl. hat der Deutsche Textilarbeiterverband, in dessen Geschäftsstelle fortgesetzt Beschwerden solcher geschädigter Kriegerfrauen einlaufen, eine Eingabe an das königliche Ministerium des Innern in Preußen gerichtet und darum ersucht, Anweisung ergehen zu lassen, diese Familienunterstützung nicht auf die Erwerbslosenunterstützung in Anrechnung zu bringen.

Gerichtliches.

Die „betrügerischen“ Kriegerfrauen.

Für Kriegerfrauen besteht keine Rechtspflicht, Veränderungen ihres Einkommens den Gemeindebehörden zu melden. Der Magistrat in Schweidnitz verfolgte diejenigen Kriegerfrauen, die nach seiner Meinung die staatliche und städtische Kriegsbeihilfe oder einen Teil derselben zu unrecht erhoben und die sich deshalb des Betruges schuldig gemacht haben sollen. Vor dem dortigen Schöffengericht gelangten zwei solcher Fälle zur Verhandlung. Auf Antrag des Schweidnitzer Magistrats war nämlich Anklage erhoben worden gegen die Arbeiterfrauen Ida L. und Emilie S., beide aus Schweidnitz, die noch unbestraft, sich wegen Betruges zu verantworten hatten. Frau L. sollte das Deutsche Reich um 38 Mk. und die Stadtgemeinde um 10 Mk., Frau S. dagegen die Stadtgemeinde Schweidnitz um 15,20 Mk. betrogen haben. In beiden Fällen handelte es sich um Unterstützungen, die die Angeklagten erhoben hatten für eine Zeit, in welcher die Voraussetzungen zum Bezuge der Unterstützung nicht mehr vorgelegen haben sollten. Objektiv schien die Sache keine Wichtigkeit zu haben. Beide Angeklagten hatten im Laufe der Zeit Arbeit und Verdienst erhalten, ohne hiervon der Behörde Mitteilung zu machen. Hierauf stützte sich der Strafantrag des Magi-

strats. Doch der Gerichtshof entschied im entgegen-gesetzten Sinne. Seine Auffassung ging dahin, daß für die Kriegerfrauen keine Rechtspflicht bestehe, Veränderungen in ihren Einkommens- und Familienverhältnissen von selbst, wie es der Magistrat verlange, zu melden. Soweit aber die Angeklagten über ihre Verhältnisse befragt worden seien, so führte der Vorjüngende weiter aus, daß die Beweisaufnahme nichts Belastendes für sie ergeben. Aus diesen Gründen hielt das Gericht ein subjektives Verschulden der Beklagten nicht für nachgewiesen und es erfolgte deren kostenlose Freisprechung. Dieses Urteil wird mit wenigen Ausnahmen allerorts hohe Befriedigung auslösen.

Steuerfache.

Ist die Militärrente steuerfrei?

Von den Kriegsverletzten wird vielfach die Meinung geäußert, daß die Militärrente nicht versteuert werden braucht. Die Meinung ist irrig. Wenn die Militärrente mit dem übrigen Einkommen den steuerpflichtigen Satz erreicht, muß sie versteuert werden.

Nur die Vermittlungszulage, die Kriegszulage und die Alterszulage sowie die Rentenerhöhung bleiben bei der Veranlagung zu den Steuern und anderen öffentlichen Abgaben jeder Art außer Ansatz.

Jeder Kriegsinvalide kann also die 180 Mk. Kriegszulage von dem zu versteuernden Satz in Abzug bringen, ebenso eine eventuelle Vermittlungszulage von 324 Mk. oder die doppelte von 648 Mk.

Dasselbe gilt für die Friedensinvaliden, soweit sie Militärrente beziehen. Nur fällt bei den Friedensinvaliden die Kriegszulage fort, die ja nur den Unteroffizieren und Gemeinen gegeben wird, deren Erwerbsfähigkeit infolge einer durch den Krieg herbeigeführten Dienstbeschädigung aufgehoben oder gemindert ist.

Ebenso sind steuerfrei die mit Kriegsdekorationen verbundenen Ehrensolde (Eisernes Kreuz sowie die mit dem Militär-Ehrenzeichen I. Klasse und dem Militärverdienstkreuz verbundenen Zulagen).

Soziale Rundschau.

Die Aufwendungen für die Kriegsunterstützung.

In dem Nachtrag zu der dem Reichstag zugegangenen Denkschrift über die wirtschaftlichen Maßnahmen des Reiches sind die Summen zusammengestellt, die bis jetzt an Familienunterstützung gezahlt worden sind. Sie betragen:

im August	1914	26 991 049,43	Mk.
„ September	1914	46 161 359,28	„
„ Oktober	1914	52 566 284,02	„
„ November	1914	58 407 755,18	„
„ Dezember	1914	63 381 370,98	„
„ Januar	1915	65 057 165,68	„
„ Februar	1915	68 001 243,47	„
„ März	1915	74 685 761,24	„
„ April	1915	78 244 979,48	„
„ Mai	1915	82 668 366,73	„
„ Juni	1915	84 926 556,33	„
„ Juli	1915	89 706 830,43	„
„ August	1915	93 410 482,23	„
„ September	1915	94 117 270,42	„

Die Steigerung erklärt sich aus den fortgesetzt vermehrten Einziehungen neuer Mannschaften. Für die ersten 14 Kriegsmomente wurden bezahlt 878 126 474,90 Mk. Die mittlerweile eingetretene Erhöhung der Familienunterstützung von 3 Mk. für die Frau und 1,50 Mk. für jedes Kind pro Monat bedeutet trotz ihrer absoluten Unzulänglichkeit bei der großen Zahl der Bezugsberechtigten eine ganz erhebliche Steigerung dieser Summe.

Die Einschränkung der Arbeitszeit in der Textilindustrie.

Die Barmer Handelskammer verhandelte erneut über die Frage der Einschränkung der Arbeitszeit in der Textilindustrie. Anknüpfend an die wiederholten Bemühungen der Kammer, erleichternde Ausnahmen von dieser Verordnung durchzusetzen, wurde über damit verwandte Anträge der niedersächsischen Handelskammern unter Führung der Handelskammer Hannover und der Handelskammer Danabrück berichtet und von dem Berichterstatter Rosenbaum empfohlen, sich diesen Bestrebungen anzuschließen. Die Anträge zielen darauf hin, die Arbeitszeit nicht auf fünf Tage in der Woche zu beschränken, sondern sie auf alle sechs Wochentage so zu verteilen, daß die Industrie dabei an Heizungs- und Beleuchtungskosten sparen kann und außerdem manche andere Unzulänglichkeiten, die sich jetzt aus der völligen Arbeitsruhe Samstags ergeben, beseitigt würden. In Beispielen wies der Berichterstatter nach, daß die amtliche Kontrolle über die Einhaltung der Verordnung sich auch dabei ebenso leicht würde durchführen lassen. Die Handelskammer beschloß, sich unter Hinweis auf ihre eigenen älteren Anträge dem neuen Vorgehen der niedersächsischen Handelskammern anzuschließen.

Die Unternehmer sind doch die wirtschaftlich Stärkeren, die leichter durchhalten können wie die Arbeiter. Deshalb soll man es bei der jetzigen Art der Produktionseinschränkung belassen, um den Arbeitern die Gelegenheit zu lassen, an dem freien Tage durch Gelegenheitsarbeit etwas hinzuverdienen.

Internationale Rundschau.

Friedenswünsche der englischen Textilindustriellen.

Von einer neutralen Persönlichkeit, die in den letzten Wochen die Hauptstädte Englands besuchte, erhält das „Deutsche Tagblatt“ einen Bericht über die Volkstimmung in England, deren wahres Bild in der englischen Presse nicht in Erscheinung tritt. Es heißt darin:

„Die Londoner City ist die Weltkriegszentrale. Hier wird am energischsten für den Krieg propagiert, hier wurden die Fäden gesponnen, die sich nun als handfeste Stricke für Englands Verbündete erwiesen haben. Grey ist der Mann der Londoner City, der englisch-amerikanische Geldmacher, für die, wie vor einiger Zeit Kamfah Macdonald erklärte, der Krieg das großartigste Spekulationsgeschäft ist, das jemals von der Londoner Börse gemanagt wurde. Trotzdem kann und konnte man nie von einer Kriegsbegeisterung in England sprechen, wenn man auch einfielt.

daß Englands Wohl und Wehe von dem glücklichen Ausgang dieses Geschäftes abhängt. . . Eine wahrscheinliche Folge des Krieges wird sein, daß sich der größte Teil des jetzigen englischen Handels wieder nach dem Festlande und seinen Häfen ziehen wird. Es ist auch möglich, daß sich noch einige neutrale Staaten beim Friedensschlusse für Deutschlands Forderung, „Freiheit der Meere“, interessieren werden, und eine natürliche Folge wird die Vöslösung vom englischen Markt und von der englischen Politik sein. Auch wenn England siegen sollte, wird es verloren haben, denn dann erst recht wird man die kommende Friedenszeit dazu benutzen, Mittel und Wege zu finden, Englands Macht, die den ganzen Erdball bedrohen würde, zu brechen.

Eine absolute Kriegsunlust habe ich in Manchester beobachtet. Einer der angesehensten Textilindustriellen Manchester, Edward Cromer, sagte mir, daß man in Manchester auf baldige Beendigung des Krieges und eine Verständigung mit Deutschland hoffe. Er bezeichnete den Krieg als den Krieg Londons, an dem das übrige England nur geringes Interesse habe. Das Mißglücken der Dardanellenoperation und die Blamage von Saloniki habe im Volke den denkbar übelsten Eindruck gemacht; man glaube der Regierung nicht mehr und halte sie nicht für fähig, begangene Fehler wieder gut zu machen. Die Friedensreden der drei Lords im Oberhause hätten im Lande lebhaftes Echo gefunden und es sei mit Ueberraschung festzustellen, daß man im Oberhause die wahre Stimmung der englischen Arbeiterschaft, des englischen Kaufmannes, der mit jeder Nation gern seinen Handel in friedlichem Wettstreit betrieb, erkannt und ausgesprochen hat. England ist an der Grenze dessen, was ihm von einer unfähigen Regierung geboten werden konnte, angelangt.

Friedensstimmungen?

Der Saager Korrespondent der „Neuen Züricher Zeitung“ schildert die Stimmung in diplomatischen Kreisen des Vierverbundes und glaubt feststellen zu dürfen, daß die Ueberzeugung vom nahen Ende des Weltkrieges allgemeiner werde, wie immer auch der Ausgang der Frühjahrsoffensive im Westen und Osten sei. Ihr Erfolg oder Nichterfolg wird den Frieden beschleunigen. . . Alle Hoffnungen auf Besetzung deutscher und österreichisch-ungarischer Gebietsteile, auf einen Vormarsch nach Berlin oder Wien sind endgültig aufgegeben. . . Hoffentlich hat der Korrespondent in seiner Beurteilung der Vierverbandsstimmungen recht.

Für unsere Frauen.

Frauenarbeit und Frauenlöhne nach dem Kriege.

Der Krieg, der alle diensttauglichen Männer dem Heereskörper einverleibte, brachte auch eine gewaltige Vermehrung der erwerbstätigen Frauen. In alle Berufe, selbst in die schwere Eisenindustrie nahm man Arbeiterinnen hinein. Anfänglich hieß es, das sei nur ein Nothbehelf. Unser Wirtschaftsleben müsse in ungestörtem Fortgange gehalten werden, auch dann, wenn die Männer in das Heer einrücken müßten. Mit dieser Ausbreitung der Frauenarbeit als Nothbehelf für die Dauer des Kriegs fand man sich denn auch, trotz vieler, die Gesundheit der Arbeiterinnen betreffender ernster Bedenken, ab. Aber dem Kapitalismus kommt der Appetit beim Essen. Soviel steht jetzt schon fest, daß die Großindustrie nicht daran denkt, etwa nach dem Kriege auf die jetzt vorgenommene Ausdehnung der Frauenarbeit zu verzichten. Im Gegenteil, sie wird dieselbe weiter auszuweihen versuchen. Der Sekretär des Bayerischen Industriellenverbandes, Herr Dr. Kuhlo, konstatierte in dem Geschäftsbericht des genannten Verbandes für das Kriegsjahr 1914/15:

„Die Verwendung von Arbeiterinnen hat heute schon einen Umfang angenommen, den früher niemand für möglich gehalten hatte; sogar in den Betrieben der Schwerindustrie stehen heute Frauen an Maschinen und Drehbänken.“

Nebenbei bemerkt, die Erfahrungen mit der Frauenarbeit in der Eisenindustrie scheinen durchaus günstige zu sein. Darüber urteilt Diplomingenieur Stern in der „Frankfurter Zeitung“ wie folgt:

„Eine auffallende Erscheinung bei der Ausbildung von Frauen zur Maschinenarbeit an den Drehbänken, Bohrmaschinen und dergleichen besteht darin, daß nach einer oft nicht mühelos überstandenen Lehrzeit ein sprunghaftes Aufsteigen des Könnens und der Leistungen eintritt. Es kommt nicht selten vor, daß schon im zweiten Monat eine Frau bei der gleichen Verrichtung die Leistung des betreffenden geübten Arbeiters erheblich übertrifft.“

So beurteilt auch die „Arbeitgeberzeitung“ die Leistungsfähigkeit der Frau. Sie schreibt:

„Die jetzige Zeit hat die Brauchbarkeit der weiblichen Arbeit in einem Maße erwiesen, das uns jedenfalls nicht recht an die ungalante Lehre vom habituellen Schwachsinne des Weibes glauben läßt und das uns mindestens zu der Annahme berechtigt, eine vollständige Ausschaltung der Frauenarbeit oder eine radikale Zurückdrängung derselben auf Haus und Familie möchte doch eine gewisse Vergeudung an nationaler Schaffenskraft bedeuten. . . Wo uns der Krieg die Mitarbeit der Frauen als angängig und zweckmäßig offenbart hat, da sollen wir auch in Zukunft unbesorgt von ihr Gebrauch machen.“

Alle Anerkennung dieser galanten Verbeugung der „Arbeitgeberzeitung“ vor der Geschicklichkeit der Frau. Es wäre die natürliche Konsequenz, die Leistungen der Arbeiterin ebenso zu bezahlen, wie die ihres männlichen Arbeitskollegen. Die „Arbeitgeberzeitung“ aber kommt zu einem anderen Schlusse:

„Die sozialistische Behauptung nämlich, daß die Frau, wenn sie für eine bestimmte Leistung nicht den gleichen Lohn bezieht wie der Mann, zu geringen Lohn erhält, wird in den allermeisten Fällen dahin umzudeuten sein, daß nicht die Frau zu wenig, sondern der Mann relativ zu viel erhält, wenn seine Arbeitskraft mit der betreffenden leichten Handhabung ausgefüllt wird.“

Dauernde Bevorzugung der billigen weiblichen Arbeitskraft, als Mittel zum Lohnruck der männlichen Arbeiter,

bzw. Herabsetzung der „relativ zu viel“ bezahlten Löhne der männlichen Arbeiter, ist der Standpunkt der „Arbeitgeberzeitung“.

Um wieder auf die Ausführungen des Syndikus des Bayerischen Industriellenverbandes zurückzukommen! Herr Dr. Kuhlo erwartet die schwerste Zeit für die Industrie zu Beginn des Friedensschlusses:

„Die Zukunft birgt viele wichtige Probleme, von deren mehr oder minder glücklicher Lösung es abhängen wird, nach welcher Richtung sich Deutschlands Volkswirtschaft entwickeln wird.“

Zu diesen Bemerkungen Dr. Kuhlos sagt die „Frankfurter Tagespost“:

„An diesen Problemen ist auch die Arbeiterklasse in hervorragendem Maße interessiert. Mit besonderer Aufmerksamkeit wird die Arbeiterschaft die Richtung verfolgen müssen, die immer unüberhüllter bei den Unternehmerorganisationen zutage tritt, nach dem Kriege Arbeiterinnen und Kriegsbeschädigte in umfassendstem Maße als Lohnrücker zu mißbrauchen und den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse zu erschweren. Nur wenn die Arbeiter einig und entschlossen ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen in der Lage sind, werden sie die bisherigen Errungenschaften behaupten und mehren können.“

Das Mindestlohngesetz für die Frauen im Staate Oregon.

Der im Juni 1913 von der Industriewohlfahrtskommission für die Mindestlöhne der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren im Staate Oregon in ausgearbeitete und vorgeschlagene Gesetzentwurf ist in Kraft getreten. Das Gesetz, das auf die mittleren Lebensbedürfnisse basiert, sieht vor, daß eine erfahrene Arbeiterin über 18 Jahre in einer Kleinstadt nicht weniger als 8,25 Dollar und in einer Großstadt nicht weniger als 9,25 Dollar Lohn pro Woche haben soll. Unter „erfahren sein“ versteht das Gesetz, während eines Jahres als Arbeiterin in einem Unternehmen gearbeitet zu haben. Die jugendlichen Arbeiter dürfen nicht weniger als 6 Dollar Lohn pro Woche haben. Man setzte dem Gesetz die jammern bekannnten Argumente entgegen. Das Gesetz würde die Verdrängung der Frauen durch die Männer herbeiführen, sagte man, der Mindestlohn würde zum Höchstlohn werden, die Unternehmer würden ihre Betriebe schließen, denn die Produktionskosten würden erheblich steigen. Die für Erhebungen über die Industrie eingesetzte Kommission hat den Stand der Dinge mit dem vor fünf Monaten vor der Einführung des Gesetzes verglichen und ist zu folgenden Feststellungen gekommen: Die Frauen sind nicht durch die Männer verdrängt worden. Der mittlere Lohn der Frauen ist im allgemeinen höher als das Minimum, nämlich 8,68 Dollar. Die Zahl der Personen, welche einen höheren Lohn hat, ist um 130 Proz. gestiegen. Nirgends sind Betriebe geschlossen worden. Die Erhöhung der Produktionskosten hat die Lasten der Unternehmer nur um 72 Proz. vermehrt, was die Mehrheit der Unternehmer leicht ertragen kann. Die allgemeine Erhöhung der Löhne hat eine um so höhere Bedeutung, als die Arbeitszeit der Frauen von 10 auf 8 1/2 Stunden verkürzt worden ist.

Vermilchtes.

Die Kriegskosten.

Im „Dübrier sur Bois“ (Schweiz) lesen wir in einer Betrachtung über Weihnachten: Die gegenwärtige Zeit ist wirklich die betäubendste. Seit 17 Monaten vernehmen wir Tag für Tag, wie die Nationen, die behaupten, kultiviert zu sein, sich die furchtbarsten Gemehle liefern. Die einen sagen, im Namen des Rechts, des Fortschritts und der Zivilisation, die anderen behaupten zu töten, um ihre Ehre zu retten. In diesen Behauptungen liegt so viel Widerspruch wie Gendelei, denn der häßliche Krieg ist nur die Wirkung der Jagd nach der nationalen Oberherrschaft im kapitalistischen Interesse. Bis heute zählt man ungefähr 5 Millionen rüstige getötete Männer, das Doppelte der Verstümmelten und Unheilbaren. Der Krieg verhängt aber auch ungeheure Summen Geldes. Fast 100 Milliarden Frank seien es schon. Weiß man, was diese Summe bedeutet? Seit Beginn unseres Zeitalters sind kaum 60 Milliarden Sekunden verflossen. Rechnet man 1 Frank auf die Sekunde, so deckt die seit dem Aufkommen des Christentums verflossene Zeit nur ein wenig mehr als die Hälfte jener gewaltigen Summe. Und sie ist immer noch im Wachsen begriffen. . .

Berichte aus Fachkreisen.

Landeshut. In der am 13. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde zunächst der verstorbenen Mitglieder Josefa Haas (Wolfsheim), Klara Wölter, Wilhelm Böhm (Landeshut) und des im Felde gefallenen Kollegen Reinhold Schreiber (Landeshut) in ehrenden Worten durch den Vorsitzenden Kollegen Froll gedacht. Die Mitglieder erhoben sich zum Zeichen des Gedenkens von ihren Plätzen. Hierauf wurde vom Geschäftsführer die Abrechnung vom 3. Quartal 1915 gegeben. Durch verschiedene Umstände war die Abhaltung einer Mitgliederversammlung verhindert, so daß sich die Rechnungslegung nicht eher ermöglichen ließ. Namens der Revisoren berichtete die Kollegin Erlebach, daß Bücher, Kasse und Belege geprüft und alles in bester Ordnung befunden wurde. Ihr Antrag, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, wurde einstimmig angenommen. Anschließend hieran gab Kollege Scholz den Jahresbericht. Das ganze verfloßene Jahr brachte der Textilarbeiterchaft außerordentliche Entbehrungen und große Sorgen. Wenn auch die erste größere Hälfte des Jahres noch volle Beschäftigung, vielfach Ueberstundenarbeit aufwies, so waren doch die niedrigen Löhne in keiner Weise ausreißend, bei den hohen Lebensmittelpreisen eine ausweichende Ernährung zu ermöglichen. Es wurde deshalb schon Ende Februar der Antrag an die Unternehmer gerichtet, die Löhne um 20 Proz. zu erhöhen. Dies wurde rund abgelehnt. Vom 1. April ab wurde dann eine monatliche Kriegszulage gewährt, die bei der Beschränkung der Arbeitszeit auf 5 Tage, dann von Mitte August ab nochmals erhöht wurde. Gegenüber der fortwährenden Steigerung der Preise aller Artikel, die zum Lebensunterhalt notwendig waren, reichten die Zulagen nicht hin. Anfang November wurden die Unternehmer wieder um eine Lohnserhöhung von 30 Prozent eruchtet. Gelang es auch nicht, die Lohnserhöhung zu erreichen, so sah man sich doch bei dem einheitlichen Auftreten der Arbeiterschaft veranlaßt, die Zulagen zu erhöhen und sie allmählich auszugleichen. Ohne die Organisation würden diese — wenn auch bescheidenen — Erfolge nicht erzielt worden sein. Erfolgreicherweise hat ein großer Teil von Unorganisierten den Vorteil der Organisation erkannt und sich nun auch dem Verbande an-

geschlossen; möchten die übrigen auch bald diesem Beispiel folgen! An Verschlechterungen des Lohnverhältnisses fehlte es auch nicht. Troz Burgfriedens wurden Anfang des Jahres in der Seidenweberei bei einem Artikel die Löhne pro Meter gleich um 5 Pf. herabgesetzt. Das Eingreifen des Organisationsleiters paßte dem Herrn Direktor nicht. Würden die Betriebsleiter und Unternehmer selbst mehr Einsicht für die Lage der Arbeiterschaft zeigen und ihr entgegenkommen, so bräuchten sie nicht von der Organisation dazu angeregt werden. — Die ungünstigste Zeit für die Filiale sei jetzt jedenfalls überstanden, denn es gehe wieder recht rüstig vorwärts. Auch sei mit Bestimmtheit — nach den vielen Zuschriften von im Felde stehenden Mitgliedern — zu erwarten, daß die Zurückkehrenden sich wieder mit Eifer in den Dienst des Verbandes stellen werden. Das ist auch erklärlich, denn nirgends sind Anzeichen dafür vorhanden, daß nach dem Kriege von selbst bessere Zeiten anbrechen; die besseren Zeiten sind nur durch geschlossenes Handeln der Arbeiterschaft herbeizuführen. — Eine Aussprache zu diesem Bericht fand nicht statt. Unter „Verschiedenes“ machte ein Mitglied auf die Abänderung der Bekanntmachung wegen der letzten Kriegszulage aufmerksam. Es sind an Stelle der Worte „diese Bestimmung wird“ gesetzt worden: „diese Höchstfestsetzungen sollen“. Diese Aenderung ist als Verschlechterung aufzufassen.

Sagan, 7. Januar. Am Freitag fand eine der Zeit entsprechend gut besuchte Mitgliederversammlung des Textilarbeiterverbandes statt. Zu erst gedachte der Vorsitzende des im Felde gefallenen Kollegen Gustav Sader und des nach längerer Krankheit gestorbenen Kollegen Hyronimus Hoffmann. Zu Ehren der beiden Kollegen hatten sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben. — Von einer Neuwahl des Vorstandes wurde Abstand genommen. Die Kollegin Rieger gab den Kassenbericht vom vierten Quartal. Die Einnahmen betragen 770,01 Mk., die Ausgaben 718,42 Mk. Eingezogen zum Heeresdienst bis jetzt 176 Kollegen. Für dieselben ist ein größerer Geldbetrag zu Weihnachtsgeschenken verwendet worden. Kollege Fritsch hielt dann noch einen lehrreichen Vortrag über die Erwerbslosenfürsorge in der Textilindustrie Schlesiens. Dieser Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Diskussion darüber wurde nicht gewünscht. Auf Anregung eines Kollegen betraf der Kriegsunterstützung, welche hauptsächlich in den ländlichen Orten viel zu wünschen übrig läßt, wurde eine Kommission von fünf Mitgliedern gewählt, die die nötigen Schritte zur Abhilfe mit dem Vorstand und auch mit den anderen Körperschaften unternehmen soll. Beim Punkt „Verschiedenes“ gab es wieder Klagelieder zu hören über die Firma Wos-König-Beer, weil da in der Weberei das Straffhäm wegen zu leichter Ware und Schußnachholen überhand nimmt. Auch werden dabei die Leute von den leitenden Personen mit nicht schönen Worten bedient.

Zhalheim i. Ergs. Der Burgfrieden will nicht mehr durchhalten. Bei der Firma G. W. Schetter hier fühlte sich ein Arbeiter, der wiederholt schlechte Rührungen hatte, veranlaßt, um Erhöhung des Lohnes um 2 Pf. pro Duzend zu ersuchen. Er mußte sich deshalb nicht nur als roter Köppler bezeichnen lassen, sondern auch noch seine Kündigung entgegennehmen — als Weihnachtsgeschenk.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 23. Januar, ist der 3. Wochenbeitrag fällig.

Zu der 2. Januarwoche sind die Arbeitslohnzählkarten zum Versand gekommen. An die Ortsverwaltungen mit Geschäftsführern sind die Karten gleich für das ganze Jahr 1916 berechnet, die übrigen Ortsverwaltungen erhalten die Karten, in Ansehung des jetzt so starken Adressenwechsels, immer nur für das laufende Quartal. Ortsverwaltungen, die nicht in den Besitz der Sendung gelangt sind, wollen umgehend die Karten nachverlangen. Der Vorstand.

Adressenänderungen.

- Gau 1. Gameln. V: Heinrich Kape, Stubenstr. 20. Gau 10. Noßwein. K: Max Kofz, Querstr. 43. Gau 12. Bunsau. V: Ernst Stiller, Köpferstr. 19. Gau 12. Görlik. V: Frau Emma Mügel, Pöntestraße 3528. Gau 13. Calbe. Wes an: Frau Emma Kolbe, Mühlenstraße 13.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

- Chemnitz. Emil Rehaert, Weber, 58 J., Magenkrebs. Grimmitzschau. Heinrich Groß, Frankenhäuser, 55 J., Herz- und Nierenleiden. Emma Wolf, 50 J. Dresden-Lauban. Hermann Jaffe, Spitzenweber, 39 J., Nierenentzündung. Elberfeld. Karl Stein, Fabrikarb., 61 J., Rippenfellentzündung. August Reichstein, 20 J., Lungens- und Nierenleiden. Finkenwalde. Friedrich Lehmann, 62 J., Magenleiden. Grünberg i. Schl. Auguste Rothe, 51 J., Kehlkopfwindpocken. Ida Fechner, 27 J., Kindbettfieber. Rottbus. Hedwig Richter, Stoppferin, 30 J., Anna Jatzubomsk, Arb., 41 J.

- Längenbielau. Karl Frödrich, Invalid, 64 J., Rippenfellentzündung. Wittweida. Anna Kunz, Andreherin, 25 J., Kehlkopf-tuberkulose. Döhrig. Anna Kittelmann, 21 J., Lungenentzündung. Plauen i. B. Ernst Meißel, 61 J., Zuckerkrankheit. Werdau. Henriette Gentsche, Anlegerin, 66 J., Operationsfolgen. Wittitod a. D. Wilhelmine Reinhold, Kremplerin, 68 J., Herzschlag.

Zim Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

- Berlin. Richard Fink, Anleger, 20 J. Grimmitzschau. Friz Sellerich, 22 J., Georg Preuß, 30 J. Elberfeld. August Schmidt, Färber, 37 J. Gutsdrän. Peter Böß, 22 J. Johann Hammerich, 21 J. Grünberg i. Schl. Max Niedlich, 22 J. Samburg (Bez. Schiffbet). Ferdinand Heibland, Arbeiter, 23 J. Wittweida. Roman Tempes, Schlichter, 37 J. Krefeld. Jakob Heße, Sattlerer, 26 J., Theodor Schmitz, Färber, 26 J. Meißen. Reinhold Geißler, Zutearbeiter, 38 J. Plauen i. B. Max Alfred Eichberger, 33 J., Vollmar Böbich, 28 J., Paul Spörl, 21 J. Hermann Paul Sammler, 31 J., Albert Dreffel, 23 J., Willy Bauer, 22 J., Richard Kurt Reinhardt, 22 J., Georg Emil Schwarz, 23 J. Reichenbach i. B. Alfons Zahn, 38 J., Hermann Junghahn, 34 J. Chemnitz. Heinrich Gerbrich, Niedereinfeld i. B. Stuttgart-Murrhardt. Karl Braun, Weber, 27 J. Triebes. Paul Leberer, 36 J. (Worj. d. Filiale Triebes.) Albin Diebel, 34 J., Wilhelm Bach, 28 J., Gustav Eggloff, 28 J. Weissenstadt. Max Müller, 22 J. Werdau. Franz Schröll. Ehre ihrem Andenken!

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonntags, den 22. Januar

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit dem vertriebenen Artikel Hermann Krähig, für alles andere Paul Wagner. — Druck: Vormärz-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Esmich in Berlin.